



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/52

4. Mai 1949

Auswanderer und Flüchtlinge

Von Anna Landmann-Steuerwald

Wir Deutschen benutzen im gemeinen Sprachgebrauch das Wort "Auswanderer" oder "Emigrant" sowohl zur Bezeichnung des eigentlichen, des echten Emigranten, wie auch für den Flüchtling oder Exilanten. Engländer, Franzosen, Spanier u.a. machen diesen Fehler nicht. Sie unterscheiden streng zwischen "emigrant" und "refugee".

Weite Kreise der aus Hitler-Deutschland Fortgewanderten möchten um keinen Preis mehr zurück, sie sind Auswanderer, Emigranten im echten Sinne des Wortes. Sie suchten und fanden neue Heimat, neue Freunde, ein neues Vaterland. Ihr Blick ist nach vorwärts gewandt, nach neuen Zielen. Sie versuchen oft, das, was hinter ihnen liegt, zu vergessen, um ein völlig neues Leben aufzubauen. Viele von ihnen bemühen sich, ihr Deutschtum, ja ihr Europäertum, ihre Liebe zur Heimat, sogar ihre Liebe zu früheren Freunden sich aus Herz und Hirn zu reißen. Es gibt Häuser dieser Kreise, in denen es verpönt ist, ein deutsches Wort zu sprechen, ein deutsches Buch zu lesen. Aus dieser Gruppe rekrutieren sich die Rufer des Wortes: "Ganz Deutschland ist schlecht und muß bestraft werden". Haßvoll ertönt dieser Ruf in aller Welt. Und es ist furchtbar, als Deutscher im Ausland zu leben und immer aufs Neue solche Stimmen hören zu müssen.

Der Gruppe der Emigranten oder Auswanderer steht die Gruppe der Exilanten, der Flüchtlinge vollkommen entgegengesetzt gegenüber. Der Blick des echten Flüchtlings ist nie nach vorwärts, stets nach rückwärts gewandt, der verlorenen Heimat zu, nach den dort verbliebenen Lieben, nach den Freunden, nach der deutschen Landschaft. Auch der Exilant leistet oft, wie der Emigrant, dem Lande, das ihm Asyl gewährt, gute Dienste, zum Dank für die gewährte Freistatt gibt er von seiner Arbeitskraft, von seinen Kenntnissen und Fähigkeiten. Aber seine ganze Liebe und sein ganzes Denken gilt der Ziele der Rückwanderung und was er kann, tut er für Deutschland. Immer harret er auf den Augenblick, der ihm die Möglichkeit zur Rückkehr bietet. Er glaubt an Deutschland trotz Hitler und trotz alles Bösen, das er, wie der Auswanderer, in der Heimat erfuhr. Er weiß, daß Hitler und Nazismus nicht Deutsch-

land waren, sondern nur eine Krankheit.

Der Exilant ist also keineswegs ausgewandert, emigriert, er ist nur vertrieben worden, er ist geflohen. Auch er hat oft große Enttäuschungen erlebt. Viele Flüchtlinge erwarten einen Ruf zur Heimkehr, der nicht kommt. Sie fühlen sich vergessen von der Heimat, für die sie ihr Leben leben. Und kommt der Ruf, so fehlen oft die materiellen Voraussetzungen für die Rückkehr. In Brasilien, in Bolivien und in vielen anderen Ländern der Welt warten viele Exilanten darauf, daß sie heimkehren können. Wer hilft ihnen? Eine Menge Nazis wurden kostenlos nach Hause gebracht - für die Anti-Nazisten fehlt das Geld zur Heimkehr...

Trotz aller Sorgen ist der Exilant selten verbittert. Er sorgt sich um Deutschland, wie niemand sonst in der Welt. Er müht sich um die Dahergebliebenen, er hascht nach jedem Zingelchen Nachricht aus der Heimat. Sein Werktag gilt dem Werken für die Rückfahrt, seine Kinder sprechen deutsch, seine Bücher sind mindestens zum Teil deutsche Bücher, seine Feste sind deutsche Feste. Niemand leidet so unter der kulturellen Isolierung Deutschlands in der Welt wie der Exilant, niemand trägt schwerer an der ungeheuren deutschen Schuld als er. Und obwohl selbst Opfer des Nazismus, fühlt er sich selbst als Mitschuldiger und tut das Seine, diese Schuld abzutragen. Obwohl er das gleiche Grauenhafte erlebte wie der Emigrant, läßt seine Liebe keinen Haß aufkommen; seine Sehnsucht gilt all dem Guten, das er je in der Heimat erlebte.

Zur Zeit, als sie die Heimat verließen, wußten viele nicht, ob sie nun Auswanderer oder Flüchtlinge seien. Die Plötzlichkeit der Flucht ließ sie oft auch gar nicht zu solchen Erwägungen kommen. Bei sehr vielen ist auch heute noch die Entscheidung nicht endgültig, denn wir alle wissen in vieler Hinsicht noch nicht, welche Mächte über unser künftiges Schicksal entscheiden und wie sie entscheiden werden. Welcher Flüchtling kann und darf nach Hause? Welcher Emigrant kann und darf in seinem Gastlande bleiben? Die Verhältnisse liegen in den einzelnen Gastländern ganz verschieden. So schweben viele unserer Landsleute draußen in ewiger Ungewißheit. Von deutschen Stellen kann zur Zeit wenig Entscheidendes zur praktischen Behebung dieses Notstandes beigetragen werden. So muß man sich zunächst darauf beschränken, in Einzelfällen helfend einzugreifen und im übrigen an der psychologischen Klärung der oft recht verwickelten Tatbestände zu arbeiten.

- - - - -

Das deutsch-dänische Verhältnis

Von Willy Brandt

Gemessen an den europäischen Notwendigkeiten hat es lange gedauert, bis sich in den seinerzeit von Deutschland besetzten Ländern im Westen und Norden eine sachliche Einstellung zum deutschen Problem durchsetzte. Gemessen an dem Ausgangspunkt vom Mai 1945 ist es jedoch rasch gegangen. Die Veränderung tritt in Dänemark besonders deutlich in Erscheinung. Offizielle und private Kreise erklären, der wirtschaftliche und staatliche Neubau Deutschlands sei für die Dänen von vitaler Bedeutung. Klarend haben auch die Teilnahme Dänemarks am Marshallplan und sein kürzlich erfolgter Anschluß an den Atlantikpakt gewirkt. Das bedeutet jedoch nicht, daß man bereit wäre, Deutschland Blankovollmachten auszustellen, aber man ist bereit, den Deutschen eine neue Chance zu geben.

Die dänische Sozialdemokratie hat sich zu keinem Zeitpunkt auf nationalistische Irrwege abdrängen lassen. Auch die führenden Kräfte der ehemaligen Widerstandsbewegung bemühen sich um ein vorbildliches Verhältnis zu den Trägern einer demokratischen Entwicklung in Deutschland. In diesen Kreisen hatte man nach Kriegsende gesteigertes Interesse an der dänischen Bewegung in Schleswig gefunden und vielfach eine Abtrennung des nördlichsten Landes Deutschlands angestrebt.

Die sozialdemokratische Regierung in Kopenhagen hat sich seit ihrem Amtsantritt von der Erkenntnis leiten lassen, daß es sich in Schleswig nicht um eine Grenzfrage, sondern um ein Minderheitenproblem handele. Sofern in anderen Kreisen die Formel der festliegenden Grenze noch nicht akzeptiert ist, spricht man von der Möglichkeit einer Volksabstimmung in 15 bis 20 Jahren, nachdem sich gezeigt haben würde, ob die dänische Bewegung über eine genügend solide Basis verfügt.

Seit 1945 ist in Dänemark manchem klar geworden, daß zumindest ein Teil der dänischen Bewegung in Schleswig über weniger nationale als opportunistische Triebkräfte verfügt. Unverändert ist aber der Wunsch geblieben, das zu vermeiden, was man den "Flüchtlingsdruck" an der dänischen Südgrenze nennt. Die Kieler Regierung steht vielfach in dem Verdacht, eine Überbelastung Schleswigs mit Flüchtlingen künstlich aufrechtzuerhalten.

Die schleswig-holsteinische Politik wird auch in anderen Zusammenhängen mißverstanden. Es ist möglich, daß falsche Zungenschläge und einige der Grenzkampfmentalität ein springende Überspitzungen zum Aufkommen solcher Mißverständnisse beigetragen haben. Jedenfalls muß es in Kopenhagen einen katastrophalen Eindruck machen, wenn Leute, die dort während der Besetzung eine üble Rolle gespielt haben, jetzt in deutschen Zeitungen als Lehrmeister in Demokratie auftreten. In Kiel wird gegenwärtig mit Vertretern

der dänischen Minderheit über ihre kulturellen Rechte verhandelt. Man darf ein positives Ergebnis dieser Verhandlungen erwarten. Andererseits darf man hoffen, daß es auch in Nordschleswig wieder zur Normalisierung der Verhältnisse für die dort lebende deutsche Minderheit kommen wird. Ihre Lage ist übrigens nicht so schlimm, wie sie manchmal geschildert worden ist. Nach dem ersten Weltkrieg ging es ihr bekanntlich besser als vielleicht irgend einer anderen Minderheit in Europa. Daß sich aus der nach 1933 und besonders nach 1940 erwiesenen Unzuverlässigkeit Gegenmaßnahmen des dänischen Staates ergaben, darf nicht wundernehmen. Niemand darf und wird in Dänemark erwarten können, die keimende deutsche Demokratie würde Schleswig abschreiben oder sich gegenüber einem konjunkturbedingten Separatismus passiv verhalten. Auf deutscher Seite dürfte sich niemand, der es mit der Demokratie und der Völkerverständigung ernst meint, durch das Nebeneinander zweier Sprachen auf die Ebene des Nationalismus drängen lassen. Wenn die Entwicklung in einem neuen Europa in diesem Zusammenhang etwas bedeuten soll, dann doch wohl, daß ein Grenzgebiet wie das deutsch-dänische zur kulturellen Brücke werden muß und nicht eine Barriere werden darf.

- - - -

Ein Staatssekretär, der keiner ist

Fw. Knapp vor Torresschluß ist es dem bizonalen Verwaltungsamt für Wirtschaft gelungen, einen Staatssekretär hervorzubringen, der nichts weniger als ein Staatssekretär ist. Dr. Edward Schalfefjew nennt sich seit einiger Zeit in amtlichen Schriftstücken "Staatssekretär". Diese Amtsbezeichnung fällt zunächst einmal deshalb auf, weil es sie im Bereich der bizonalen Verwaltung überhaupt nicht gibt. Schalfefjew hat aber schon deshalb kein Recht, einen derartigen Titel zu führen, weil er weder zum stellvertretenden Direktor der Verwaltung für Wirtschaft ernannt, noch in dieser Dienststellung bestätigt ist. Er war bisher Ministerialdirektor und Leiter einer Hauptabteilung. Als der Posten des Stellvertreters des Wirtschaftsdirektors durch den Weggang Dr. Kaufmanns vakant wurde, hat Professor Erhard den Ministerialdirektor Schalfefjew als Nachfolger vorgeschlagen und ihn mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Stellvertreters beauftragt. Das ist ein durchaus zulässiges Verfahren, doch bleibt der Beauftragte im Rang logischerweise was er vorher war, bis die Bestätigung vorliegt. Es ist nicht bekannt, ob der Verwaltungsrat jemals mit dieser Angelegenheit befaßt wurde und ob er etwa die Ernennung Dr. Schalfefjews zum stellvertretenden Wirtschaftsdirektor ausgesprochen hat. Aber selbst wenn dies zuträfe, hätte ein solcher Beschluß noch keine Rechtsverbindlichkeit, da das neue Beamtengesetz die öffentliche Ausschreibung jeder freiwerdenden Stelle und die Auswahl unter den Bewerbern nach dem Ausleseprinzip verlangt.

Das am 15. April in Kraft getretene Gesetz ist noch jung, der in der Forderung einer Ausschreibung und Auslese zum Ausdruck

kommende Gedanke des Wettbewerbs sollte aber bei denen nicht auf Widerstand stoßen, die sich so oft als Vorkämpfer der freien Konkurrenz aufspielen. Dem Personalamt ist hier eine Aufgabe als Hüter des Rechts gestellt, die es umso mehr erfüllen sollte, als es gleichzeitig die Kritik an seiner "ungerechtfertigten Machtstellung" widerlegen könnte.

Selbstverständlich kann Dr. Schalfejew als Bewerber auftreten, und wenn ihm auch die Würde des "Staatssekretärs" versagt ist, so hat er doch die gleichen Chancen wie jeder andere. Will der Verwaltungsrat es auf sich nehmen, gegen ein Gesetz, für dessen Durchführung er verantwortlich ist, zu verstoßen?

Dr. Kurt Schumacher - Nervenstärke und Festigkeit

In ihrer letzten Ausgabe befaßt sich die Halbmonats-Zeitschrift "Die Gegenwart", eine der bekanntesten und angesehensten Zeitschriften bürgerlich-demokratischer Grundrichtung mit der letzten entscheidenden Phase in Bonn. Das Blatt kommt dabei u.a. zu folgenden Ergebnissen:

"Am 5. April wurde der Parlamentarische Rat beschwörend und befehlsmäßig von den Außenministern ermahnt, den Einwänden der Militärgouverneure vom 2. März die "nötige Beachtung" zu schenken. Drei Tage später wurde der Brief der Außenminister ausgefertigt, der den Bann in Bonn gebrochen hat...

Es ist richtig, daß der Brief geschrieben wurde, bevor die SPD sich weigerte, weitere Zugeständnisse zu machen. Aber überreicht wurde er, nachdem sie sich widersetzt, das Diktat der Militärgouverneure Wort für Wort anzunehmen. Die historische Gerechtigkeit gebietet, festzustellen, daß Dr. Kurt Schumacher durch Nervenstärke und Festigkeit einen beachtlichen nationalen Erfolg erzielt hat. Er hat mit einer nüchternen und kühleren Einschätzung der Lage recht behalten. Es ist wahrscheinlich unerheblich, ob er eine Ahnung davon gehabt hat, daß dieser Brief geschrieben worden ist. Von Anfang an bekannt war ja, daß die englische Regierung aus eigenem Willen gegen das von den Deutschen ausgearbeitete Grundgesetz nie Einspruch erhoben hätte. Der Standpunkt aber, nach dem Dr. Schumacher gehandelt hat, war schon lange vorher formuliert und von ihm ausgesprochen. Wenn den Westmächten - so ging er seine Gedankenführung - der deutsche Weststaat etwas wert ist, dann werden sie nichts daran scheitern lassen, daß die Deutschen auf elementaren Lebensnotwendigkeiten deutscher Politik beharren. Ist er ihnen nichts wert, dann wird er welken und verdorren, auch wenn er zustande kommt. Der Brief der Außenminister vom 8. April läßt vermuten, daß die Besatzungsmächte vermutlich das Kompromiß des Siebenerausschusses angenommen hätten, wenn es nach dem Vor-

4.5.1949

schlag der SPD vom Parlamentarischen Rat einstimmig angenommen worden wäre. Die CDU muß sich nun sagen, daß sie durch eine Politik der Nachgiebigkeit gegenüber den Alliierten für sich selbst große Chancen verscherzt hat. Wäre sie der SPD in der Ablehnung alliierter Einmischungen gefolgt, hätte sie heute ein (von ihrem Standpunkt) besseres Grundgesetz... Es wäre unerträglich gewesen, wenn jenes Grundgesetz in Kraft getreten wäre, das die Militärgouverneure - mit der "Times" zu reden - mit bemerkenswerter Taktlosigkeit den Deutschen auferlegen und aufdrängen wollten. Die SPD kann es als ihr geschichtliches Verdienst buchen, daß der westdeutsche Staat mit seinem bescheidenen und ängstlichen demokratischen Leben, das er umhegt, nicht mit einer nationalen Demütigung begann. Wie sollte eine Demokratie in Deutschland wirklich Fuß fassen können, wenn jede Zeile ihrer Verfassung den Willen ihrer Sieger ausdünstet. Es wäre aber töricht, zu meinen, daß eine Tat des "nationalen Widerstandes", wie der Beschluß der SPD in Hannover, bei all ihrer inneren Bedeutung die Grundtatsachen des deutschen Lebens ändern könnte." (m/1/45/hs)

 "Nicht einmal die Turnlehrer..."

sp. Zur selben Zeit, da in Prag eine Filiale des Pariser Kongresses aufgezo-gen wurde, setzte ein Pionier-Regiment auf der Moldau eine große Schaulübung an, zu der sämtliche Schulen des rund 100.000 Menschen zählenden Prager Stadtteiles Karlín eingeladen wurden. Das militärische Schauspiel rollte programmäßig ab, als Zuschauer fanden sich ein Lehrer und insgesamt 26 Schüler ein. Unter dem Titel "Die Lehrer von Karlín haben kein Interesse an der Wehrrertüchtigung" greift nun die tschechische Presse die des Pazifismus verdächtigen Lehrer der Karlíner Schulen an. "Nicht einmal die Turnlehrer sind gekommen", schreibt das "Rudé Pravo"... (b/Ko/45/2/hs)

 Weitere sechs Heimkehrertransporte

sp. Nach Angaben der Kriegsgefangenenhilfe der SPD trafen in der Zeit vom 16.4. bis 28.4.1949 im Lager Friedland sechs Transporte mit 4 496 Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion ein. Unter ihnen befanden sich 124 Frauen. 1257 Heimkehrer mußten sich sofort einer Krankenhausbehandlung unterziehen. Die Transporte kamen aus dem europäischen Rußland (Moskau, Leningrad, Wilna, Ukraine, Donez-Becken). (b/B. 1/45/1/hs)

Kanada zwischen England und USA

T.G. Ottawa, im Mai

Kanadas wachsende Bedeutung in der Weltpolitik ist nicht mehr zu übersehen. Wirtschaftliche Grossmacht bereits seit dem ersten Weltkrieg, schiebt es sich auch politisch mehr und mehr in den Vordergrund. Es nimmt, neben den USA und England, im Atlantikpakt die wichtigste Position ein. Gleichzeitig ist es für England heute das wichtigste Glied des "Commonwealth".

Am 4. Februar ds. Js. erklärte der liberale kanadische Ministerpräsident Louis St. Laurent über den Rundfunk, dass Kanada die verfassungsmässige Unabhängigkeit von England erstrebe. Dass vor allem bei weitreichenden aussenpolitischen Entschliessungen die letzte Entscheidung immer noch beim englischen "Kronrat" liegt, wird als eine für eine "erwachsene Nation" nicht mehr tragbare Bevormundung empfunden. Es sei nur erwähnt, dass es erst/1947 den "kanadischen Staatsbürger" gibt, dass aber auch dieser immer noch "british subject", britischer Untertan, ist. /seit

Auch bei den kommenden Wahlen zum Bundesparlament wird die Forderung nach verfassungsmässiger Unabhängigkeit eine wichtige Rolle spielen. Hauptträger dieser Forderung ist vor allem das französisch-kanadische Element das etwa 40 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Von ihm gingen bekanntlich die schärfsten Widerstände gegen einen Eintritt Kanadas in den zweiten Weltkrieg und die Entsendung kanadischer Einheiten nach Übersee aus. Besonders auch der kanadische Westen hat seit Jahren wiederholt die volle kanadische Selbständigkeit verlangt, extreme Kreise darüber hinaus den Anschluss an die USA.

Diesen Weg wird Kanada freiwillig allerdings nicht gehen, aber allein schon seine geographische Lage zwingt das Land, sich politisch an die USA anzulehnen. Andererseits ist die Stärke der kanadischen Flanke für die USA lebenswichtig. Man war sich daher auch vor dem Atlantikpakt in Kanada völlig klar darüber, dass jeder Versuch, in einem etwaigen künftigen Kriege "neutral" zu bleiben, zwangsläufig zu einer Besetzung durch die USA führen müsste. Die Anlehnung an den Nachbarn wird auch nicht zuletzt diktiert durch die Erkenntnis, dass England heute nicht imstande wäre, Kanada irgendwelchen Beistand zu gewähren.

Stärker als die politische erscheint die wirtschaftliche Stellung Kanadas. Sie hat sich in einem erstaunlichen Tempo entwickelt und wurde vor allem durch den Krieg gefördert. Als grösster Weizenproduzent der Welt steht Kanada mit seinem Gesamtandel heute an dritter Stelle in der Welt und ist zum Gläubiger des Mutterlandes geworden. Es produziert am meisten Papier, Nickel, Uran und Radium, Asbest, hat ungeheure, kaum angekratzte Kohlenvorräte, Gold und Erdöl und verfügt jetzt mit Neufundland über gewaltige Eisenerzvorräte, ein Reichthum, der noch seiner Erschliessung harret. Es liegt auf der Hand, dass die USA an diesem Land stark interessiert sind, Kanadas weitere Entwicklung zur wahren politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit hängt von einer Einwanderung grössten Ausmasses ab. Mindestens 50 Mill. Menschen benötigt Kanada, um seine riesigen Flächen hinreichend besiedeln und erschliessen zu können.